252 Vorgänge

DC von der 40- auf die 30-Prozent-Marge war nicht minder Ausdruck des Zerfalls katholischen Milieus.

Wie in der Bundesrepublik die bürgerliche Abneigung gegen sozialistische Tendenzen der Union Stimmen zuführt, wenn der Eindruck entsteht, diese bewegten sich zu weit nach links, so ist in Italien die Angst der Bürger vor einer übermächtig werdenden, eher noch an Moskau orientierten Partei der viel solidere Wahlhelfer als es Papstansprachen und Hirtenbriefe sind. Der alte "Kollateralismus", die Bindung zwischen Kirche und einer (christlichen) Partei, wirkt in Resten noch nach, aber er ist keine Hilfe mehr für Parteien, die ihre Stimmen vor allem in einem breitgestreuten, selbstbewußter gewordenen und deswegen auch zum Parteiwechsel geneigteren Bürgertum suchen müssen, und keine Hilfe für die Kirche. Ihr verstellt solche einseitige Bindung nur den Blick für das, was sich in der Gesellschaft insgesamt wandelt, und vor allem, wie es sich wandelt.

## Stilfragen

Der amerikanische Präsident verhandelt in beide Seiten interessierenden Fragen, so hört man, lieber "direkt" mit dem Vatikan als mit den katholischen Bischöfen der USA, die seine Politik kritisch begleiten und nach einem heiklen Friedenspapier jetzt an einer Kritik des amerikanischen Kapitalismus arbeiten. Die Zahl ablehnender Äußerungen amerikanischer Oberhirten zur Mittelamerika-Politik des Präsidenten ist längst zweistellig, und als der Erzbischof von Washington, James A. Hickey, wenige Tage vor der Parlamentsabstimmung über 14 Millionen Dollar Militärhilfe für die antisandinistischen Kampftruppen einem Unterausschuß des Kongresses die Position der Kirche darlegen sollte, erklärte er im Namen der Bischofskonferenz, die Finanzierung eines bewaffneten Aufstandes gegen eine Regierung, zu der die USA diplomatische Beziehungen

unterhalte, sei "illegal und nach unserem Urteil unmoralisch".

Einen Tag zuvor hatte Präsident Reagan in dem Bemühen, noch im letzten Moment eine Mehrheit für das militärische Engagement in Nicaragua zu gewinnen, den Papst politisch und publizistisch ins Feld geführt. Einer Konferenz über Religionsfreiheit im Weißen Haus eröffnete der Präsident am 16. April, er habe gerade eine mündliche Botschaft von Johannes Paul II. erhalten, "in der er mich ermutigt, mit meinen Bemühungen in Mittelamerika fortzufahren". Am darauffolgenden Tag präzisierte der Präsident vor Journalisten seine Aussage dahingehend, der Papst unterstütze "voll alle unsere Aktivitäten in Mittelamerika". Auf die Frage eines Journalisten, ob dies auch für die militärischen Aktivitäten gelte, antwortete Reagan: "Ich möchte nicht in Einzelheiten gehen, aber er befürwortet alle unsere Aktivitäten."

Die Apostolische Nuntiatur in Washington reagierte noch am selben Tag mit der Klarstellung, eine "Rückendeckung für militärische Aktivitäten der USA in Mittelamerika" durch Johannes Paul II. sei völlig auszuschließen. Am darauffolgenden Tag wurde im Vatikan ein Kommuniqué veröffentlicht, das die diplomatischen Kontakte zwischen der amerikanischen Regierung und dem Vatikan zur Mittelamerika-Politik der USA wie folgt schildert: Der Papst sei am 4. April über den Vorschlag Reagans zu einem internen Waffenstillstand in Nicaragua wenige Stunden vor dessen Bekanntgabe durch ein persönliches Schreiben Reagans und einen Anruf US-Sicherheitsberater Robert McFarlane bei Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli informiert worden. Daraufhin habe der Vatikan sofort mit der Nicaraguanischen Bischofskonferenz Kontakt aufgenommen, die ihre am 22. März erklärte Bereitschaft, in einem Dialog zur Befriedung des Landes zu vermitteln, bestätigte. Am 13. April habe der Papst dann eine Gruppe amerikanischer Senatoren unter Leitung von Robert Dole empfangen, der ihm ein zweites persönliches Schreiben Reagans überbracht habe.

An diese Senatoren habe Johannes Paul II. eine Ansprache gerichtet. Weitere Botschaften des Papstes lägen, so das Kommuniqué, nicht vor.

Nach dieser vatikanischen Klarstellung bleibt also offen, auf welche "über diplomatische Kanäle" übermittelte Papstbotschaft sich der amerikanische Präsident berufen hat. Die Abstimmung vom 24. April brachte dem Präsidenten eine Niederlage im Repräsentantenhaus ein, obwohl Reagan noch im letzten Moment zugesagt hatte, die Mittel ausschließlich für "humanitäre" Zwecke verwenden zu wollen.

Eine Woche später ließ der amerikanische Präsident während seines Staatsbesuchs von deutschem Boden aus dann noch das amerikanische Handelsembargo gegen Nicaragua bekanntgeben, ohne daß die Bundesregierung darüber, das heißt über den Ort der Bekanntgabe, informiert gewesen wäre. Die möglicherweise zutreffendste Interpretation dieses Vorgangs verlautete aus der Umgebung Reagans: der amerikanische Präsident sei gar nicht auf die Idee gekommen, auf das kleine Gastland derlei diplomatische Rücksichten zu nehmen. Es scheint so, als ob die von Präsident Reagan stets propagierte "Politik der Stärke" gelegentlich für Stilfragen unempfindlich macht. Man wird weder die Bundesregierung noch den Papst übertriebener Sympathien für das sandinistische Regime in Nicaragua zeihen können. Aber anders und differenzierter als der amerikanische Präsident beurteilen sie die Lage in Mittelamerika allemal. Ein so plumper Instrumentalisierungsversuch veranlaßte den Vatikan, den amerikanischen Präsidenten quasi Lügen zu strafen (die anderweitig befaßte Bundesregierung entschied sich diplomatisches Schweigen). Kirchlich hat der Präsident ganz entgegen seiner Absicht erreicht, daß die amerikanischen Bischöfe und der Vatikan, in Mittelamerika und auch sonst nicht immer auf einer Linie, am gleichen Strang gezogen haben, erklärte doch Erzbischof Hickey, er denke nicht, daß die Position des Papstes sich von der der Kirchenführung in den USA unterscheide.